



Niederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus

Ort, Raum: Aula Grundschule Südwest, Wilhelm-Koenen-Straße 33, 06526
Sangerhausen

Datum: 04.03.2021

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18.35 Uhr

Anwesenheit:

Oberbürgermeister

Herr Sven Strauß

Vorsitzende/r

Herr Helmut Schmidt

Ausschussmitglied

Herr Holger Hüttel ab 17.30 Uhr

Frau Monika Rauhut

Herr André Reick von 17.00 Uhr bis 18.25 Uhr

Frau Kati Völkel ab 17.05 Uhr

Ortschaftsratsmitglied

Herr Helmut Hahnas

Fachbereichsleiter

Herr Udo Michael

Referentin

Frau Kathrin Wagner

Protokollführer/-in

Frau Birgit Strauch

übrige Mitglieder

Herr Martin Thunert Vertretung für Frau Siefke

Herr Reinhard Windolph Vertretung für Frau Stahlhacke

-

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2020
4. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung
 - 4.1. Beratung von Beschlussvorlagen zur 16. Ratssitzung am 18.03.2021 gem. Verweisung des Hauptausschusses
 - 4.1.1. 1. Änderung der Hauptsatzung
 - 4.1.2. 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat, seine Ausschüsse und für die Ortschaftsräte der Stadt Sangerhausen
 - 4.2. Information der Verwaltung und Anfragen der Stadträte
5. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung
 - 5.1. Beratung von Beschlussvorlagen zur 16. Ratssitzung am 18.03.2021 gem. Verweisung des Hauptausschusses
 - 5.2. Information der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Protokolltext:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Schmidt eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung wurde form- und fristgerecht an alle Ausschussmitglieder versandt. Es waren von 10 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern **5** Stadträte anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	5
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2020

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	3
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	2

17.05 Uhr Frau Völkel kommt
= 6 Ausschussmitglieder

TOP 4 Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

TOP 4.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 16. Ratssitzung am 18.03.2021 gem. Verweisung des Hauptausschusses

TOP 4.1.1 1. Änderung der Hauptsatzung Vorlage: BV/132/2021

Herr Strauß

möchte als Einbringer die Vorlage kurz vorstellen. Über die Hauptsatzung wurde das letzte Mal in den Ausschüssen bereits geredet, in der Stadtratssitzung noch nicht, da er diese auf Grund der etwas unklaren Lage mit der Geschäftsordnung zurückgezogen hatte. Es gibt zwei wesentliche Punkte, die wir mit der neuen Hauptsatzung regeln wollen. Zum einen die Möglichkeit, die uns die neuere Kommunalverfassung hinsichtlich Videokonferenz etc. gibt und zum anderen möchten wir gern die rechtsverbindliche Bekanntgabe, insbesondere von Satzungen, Beschlüssen, Einladungen u. ä. über das Internet vornehmen. Was aber nicht heißt, dass die Bekanntgabe nicht mehr durch die Sangerhäuser Nachrichten erfolgt. Wie gewohnt, werden Satzungen, Beschlüsse, Einladungen u. ä. weiterhin in den Sangerhäuser Nachrichten veröffentlicht und an alle Haushalte verteilt. Um der Verwaltung eine gewisse Flexibilität auch in der pandemischen Lage zu erhalten, sollte die Möglichkeit bestehen, diese Sachen auch im Internet bekanntzugeben. Es passt auch nicht ganz in unsere Zeit, wenn Sitzungen als Videokonferenz durchgeführt werden sollen und die Einladungen dazu in Papierform verteilt werden. Gerade im Bereich der Bebauungspläne kommt es oftmals auf die Zeit an. Wenn wir einen Bebauungsplan mit einer Veränderungssperre aufstellen, dann ist tatsächlich sehr ausschlaggebend, wie schnell wir dieses veröffentlichen können und da ist natürlich das Internet unschlagbar.

Er ist sich aber vollkommen bewusst, dass nicht jeder einen Internetzugang hat oder auch bereit ist sich diesem Medium zu öffnen. Deshalb sollen diese Informationen weiterhin über die Sangerhäuser Nachrichten 1 : 1 veröffentlicht werden. Gemeinsam müssen wir eine von beiden Möglichkeiten festlegen, die dann im rechtlichen Sinne als Veröffentlichung gilt und

da wollen wir das schnellere, flexiblere Internet vorschlagen. Die Veröffentlichung in den Sangerhäuser Nachrichten wird es weiterhin geben.

Der Änderungsantrag der BOS/FDP/Bauernverband sagt im Wesentlichen aus, dass alles so bleibt wie bisher, d. h., ausschlaggebend für das Datum der Veröffentlichung wäre bei diesem Änderungsantrag dann das Erscheinungsdatum der Sangerhäuser Nachrichten. Ich bitte Sie dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Herr Windolph

begrüßt diese Änderung ausdrücklich, denn die schafft Beschleunigung im Verwaltungsverfahren und aus dem Grunde ist es praktisch so, dass wir die Originalfassung von ihnen unterstützen und dem Änderungsantrag nicht stattgeben. Es war auch Konsens in der letzten Hauptausschusssitzung vor der letzten Stadtratssitzung, dass wir ablehnen, das Amtsblatt einzustellen. Dafür gab es eine große Mehrheit und am nächsten Tag in der Stadtratssitzung war dann plötzlich alles anders. Er findet es daher unmöglich, wenn man einen Konsens gefunden hat, der von fast allen Fraktionen getragen wurde, dieser dann plötzlich wieder in der Versenkung verschwindet und man einen neuen Vorschlag aus dem Hut zieht. Er möchte an dieser Stelle nochmal sehr deutlich sagen, dass er so eine Verfahrensweise nicht mehr unterstützen kann.

Frau Rauhut

sagt, dass die ganze Sache erstmal diskutiert werden musste, auch in der Ratssitzung. Sie bittet zu bedenken, dass es viele ältere Menschen gibt, die zeitlich gesehen sehr in Verzug geraten, wenn sie denn irgendwas einzuwenden haben, beim Baugeschehen oder so. Wir können die älteren Bürger nicht ausschließen. Wenn sie von ihrem Wohnort ausgeht, da gibt es einige Häuser, die keinen Internetanschluss haben, aber die dafür sehr intensiv die Zeitung lesen, auch die Sangerhäuser Nachrichten, und die dazu auch ihre Meinung sagen wollen.

Herr Windolph

meint dazu, dass dies genau auch die Intension der CDU-Fraktion ist. Wir wollen die alten Bürger nicht zwingen, sich ein internetfähiges Gerät anzuschaffen und mit dem Internet zu arbeiten. Deswegen sind wir strikt dagegen, das Amtsblatt einzustellen. Man kann sich der ganzen Sache auch annähern, indem man rechtzeitig jedem Bürger das Amtsblatt zur Verfügung stellt, um die Fristen zu wahren, um Einwendungen vortragen zu können usw. Das ist machbar, aber deshalb die Möglichkeiten neuer Kommunikationsmethoden nicht anzuwenden, soweit würde er an der Stelle nicht gehen.

Herr Schmidt

hat sich die Satzung durchgelesen und seine persönliche Meinung dazu ist, es hat sich eigentlich nichts geändert, bis auf die neue Sache, welche der Pandemie geschuldet ist, d. h., dass das Internet mehr genutzt wird und Videokonferenzen durchgeführt werden. Daher ist es für ihn sehr wichtig, dass die gesamte Bevölkerung mitgenommen wird. Es wird nicht nur im Schaukasten der Kernstadt veröffentlicht, auch in den Schaukästen in den Ortsteilen. Und auch im Amtsblatt, so *Herr Windolph*. *Herr Schmidt* persönlich kann den Worten von *Herrn Windolph* folgen und kann so mitgehen, wie der Oberbürgermeister es erklärt hat.

Frau Rauhut

hat das jetzt nicht so verstanden, dass das Amtsblatt mit dem Erscheinungsbild so verändert werden kann, dass Bürger, die kein Internet haben, dann auch Ansprüche einreichen können. Das geht doch nicht.

Herr Reick

sagt, dass keiner die älteren Leute vergessen oder nicht mitnehmen will. Aber er ist nicht der Meinung, dass es der Pandemie geschuldet ist, dass wir das alles über das Internet schneller machen wollen. Wir sollten uns da auch ein bisschen öffnen und auch das Internet nutzen. Das ist die Zukunft und wir werden natürlich weiterhin über die Sangerhäuser Nachrichten alle anderen Bürger mitnehmen und informieren.

Lt. Frau Rauhut

muss es machbar sein, dass auch die die Fristen wahren können, die jetzt kein Internet haben.

Herr Windolph

sagt, auch wenn er sich hier wiederholt, dass es durchaus machbar ist, die Dinge, die bei der Terminplanung von Tagesordnungspunkten praktisch mit rechtsmittelfähigen Belangen behaftet sind, von vornherein auch entsprechend einplant. Vieles ist über das Internet schneller bekannt gemacht, auch rechtsförmlich, ohne dass man dem Bürger eine Information vorenthalte. Wir sollten an der Stelle einfach die Praxis verbessern und vor allen Dingen die schnellere Arbeitsfähigkeit der Verwaltung in den Vordergrund setzen. Das sollte man zuerst sehen, bevor man mit der Argumentation, ich erreiche nicht jeden Bürger, hier alles wieder in Frage stellt.

Herr Strauß

erläutert, worüber wir konkret reden und um welche Satzungen es sich handelt, die wir auslegen und gegen die man in einer bestimmten Frist vorgehen kann. Es handelt sich dabei tatsächlich oftmals um Bauleitplanungen und dass ist nach seiner Erfahrung nicht unser Tagesgeschäft. Wenn es Einwendungen gibt, dann geht dem in aller Regel ein längerer Prozess voraus. Gerade in den Ortschaften wird das natürlich ausgiebig im Ortschaftsrat diskutiert und kommuniziert. Diejenigen, die gegen Bauleitplanungen vorgehen und die auch das Recht dazu haben, sind oftmals Anbieter von Photovoltaikanlagen, Grundstückseigentümer u. ä. und dass ist in der Regel nicht der Personenkreis, der nicht über Internet verfügt. Deshalb will ich ihre Bedenken auch ernst nehmen, aber wenn wir mal zurück denken, wie oft hatten wir das schon, dass ein einzelner Bürger, der nicht übers Internet verfügt, gegen solche Beschlüsse o. ä. vorgegangen ist? Da ist der Praxisbezug nicht allzu groß und wir führen an der Stelle vielleicht nur eine theoretische Diskussion.

Frau Rauhut

fragt nun, wie es wäre, wenn wir im Internet veröffentlichen und dann im Amtsblatt, was vielleicht 3 Wochen später kommt und der Zeitplan oder der Ablauf der Frist beginnt erst mit dem Erscheinen des Amtsblattes? Auch darüber haben wir diskutiert.

Herr Schmidt

sagt, dass das Amtsblatt für ihn nicht der entscheidende Maßstab ist. Für ihn ist es der Schaukasten, welcher offiziell ist und den jeder in der Stadt und in den Ortsteilen nutzen und einsehen kann. Ein Amtsblatt ist ein Informationsblatt und der Schaukasten ist in dieser Satzung mit drin. Er stellt sich die Frage, wer guckt in das Amtsblatt? Man muss jetzt hier nicht irgendwas aufziehen, zumal die ganze Geschichte nur der Pandemie geschuldet ist. Er betont nochmal, dass er es vermeiden wird, diesen Ausschuss als Videokonferenz aufzuziehen. Ich suche mit Sicherheit immer eine Räumlichkeit, wo wir uns ordentlich und mit Abstandsregelung unterhalten können.

Abstimmung zum Änderungsantrag der BOS / FDP / BV:

Ja – Stimmen	=	2
Nein – Stimmen	=	4
Stimmenthaltungen	=	0

Abstimmung zur Hauptsatzung

Ja – Stimmen	=	4
Nein – Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	2

TOP 4.1.2 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat, seine Ausschüsse und für die Ortschaftsräte der Stadt Sangerhausen Vorlage: BV/162/2021

Herr Strauß

würde auch gerne diese Vorlage vorstellen, beginnt aber tatsächlich mit dem o. g. Antrag von der BOS / FDP / BV und sagt, dass wir in diesem Fall nicht darüber abstimmen müssen, weil wir ihn so übernehmen können. Dem lag nämlich nur ein kleiner redaktioneller Fehler zu Grunde. Wir hatten diesen Absatz in der Synopse tatsächlich schon rausgenommen, aber in der Ihnen zur Verfügung gestellten Fassung der Geschäftsordnung, war er noch enthalten. Die Sache wird natürlich angepasst, Es handelt sich dabei um den Zusatz, den wir in der letzten Hauptausschusssitzung bezüglich der Sangerhäuser Nachrichten vereinbart hatten. Ansonsten sind in der Geschäftsordnung tatsächlich die neuen Möglichkeiten auf Grund der Pandemielage, insbesondere die Möglichkeit Videokonferenzen abzuhalten. Es ist nur eine Möglichkeit und kein Zwang, es entscheidet immer der jeweilige Vorsitzende im Einvernehmen mit ihm. Es ist aber auch die Möglichkeit der schriftlichen Stimmabgabe enthalten. Dazu hat es in jüngster Zeit wiederum 2 Änderungen gegeben, die wir hier auch gleich mit übernommen haben und zwar sicherlich aus den Erfahrungen des Stadtrates Halle heraus. Seitens des Landes wurde das Thema Hybridsitzungen, die bisher ausdrücklich verboten waren, aufgegriffen und ein Gesetzentwurf eingebracht, der diese jetzt erlaubt und auch das notwendige Forum bei schriftlichen Stimmabgaben reduziert. Es sind jetzt nicht mehr 4/5 sondern nur noch 2/3 Zustimmungen erforderlich, um eine schriftliche Stimmenabgabe durchführen zu können. Es ist vorgesehen, dass dies am 12. / 13.03.2021 im Landtag behandelt und beschlossen werden soll. Wir haben diese Änderung hier schon übernommen als ob sie beschlossen wäre. Unsere Stadtratssitzung findet ja bekanntlich am 18.03. statt. Ich gehe davon aus, dass es so kommt. Falls sich da doch nochmal was ändert, würden wir noch kurzfristig reagieren. Ansonsten bitte ich Sie um Zustimmung.

Herr Schmidt

weiß nicht, ob die Ausschussmitglieder es mitbekommen haben, wie man unseren Ausschuss entkernt hat und hat es dem Schul- und Sozialausschuss zukommen lassen. Aber, was hat der Schul- und Sozialausschuss mit dem Rosarium, mit dem Röhrigschacht Wettelrode zu tun, was hat er mit den Erholungsorten Grillenberg und Wippra zu tun? Das muss man ihm mal erklären. Wie will man mit diesen genannten Themen, welche jetzt im Schul- und Sozialausschuss drinstecken, zeitlich über die Runden kommen. Wir sind alle ehrenamtlich tätig und die meisten gehen noch arbeiten. Lt. § 11 der Hauptsatzung bereiten die Ausschüsse nach Absatz 1 die in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich liegenden Beschlüsse des Stadtrates vor. Der Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Ausschüsse wird durch den Aufgabengliederungsplan für die Ausschüsse bestimmt, den der Stadtrat beschließt. Der Hauptausschuss verweist die Themen an unseren Ausschuss. Wir als Ausschuss beraten darüber, geben eine Empfehlung (Beschluss) an die Verwaltung weiter, d. h., die Verwaltung muss am Ende darüber entscheiden.

Wir als Ausschuss können nur über das Umfeld und über möglichen Dinge, die wir als Ausschuss, als Stadtrat, machen können, beraten. Mehr steht uns gar nicht zu. Wir legen Rahmenbedingungen fest, reden über Steuern und reden über Gebühren, ansonsten sind uns die Hände gebunden. Er kann sich noch gut erinnern, dass wir als Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus mal in der MIFA waren und uns die Produktion und deren Ablauf an-

geguckt haben, mehr war nicht möglich. Und wie weit wir mit der MIFA sind, dass wissen wir ja. Also ich kann dieser Änderung nicht zustimmen, denn jahrelang hat der Ausschuss diese Themen besessen und ist gut damit gefahren. Es hat auch keine Beschwerden an ihn gegeben. .

Herr Windolph

weiß nicht, wovon Herr Schmidt spricht, denn in der 1. Änderung des Aufgabengliederungsplanes sieht er keine Veränderung.

Herr Strauß

möchte es erklären, denn er hatte den Aufgabengliederungsplan noch nicht näher erläutert. Es liegen tatsächlich 2 Vorschläge für die Änderung des Aufgabengliederungsplanes vor. Der eine Vorschlag der Verwaltung beschränkt sich darauf, den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt, Wald-, Land- und Forstwirtschaft wieder in Bauausschuss um zu benennen. Neben dieser begrifflichen Änderung gibt es einen weiteren Änderungsvorschlag von einigen Fraktionen, welcher hier als Anlage 2 eingestellt ist. Dieser soll auch als Änderungsantrag behandelt werden, was bis jetzt noch nicht ganz klar war. In der gestrigen Ausschusssitzung war man sich nicht einig.

Hier schlägt man vor, dass die Angelegenheiten, so wie es Herr Schmidt schon kurz ausgeführt hat, dass die Kulturförderung, Stadtbibliothek, Spengler-Museum, Europa-Rosarium, Erlebnis-zentrum Bergbau Röhrichschacht, die staatlich anerkannten Erholungsorte Grillenberg und Wippra nicht mehr wie bisher im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus behandelt werden, sondern zukünftig im Schul- und Sozialausschuss. Er persönlich hält das für keinen guten Plan. Aus seiner Sicht sind die Bereiche Wirtschaft, Kultur und Tourismus untrennbar miteinander verbunden. Wir hatten gestern schon, den Gewerbeverein in Person Herr Dauer zu Besuch, welcher dann im späteren Verlauf auch berichtete, wie wichtig es ist, dass die Innenstadt belebt wird, dass z. B. Cafes entstehen und dass Touristen in die Innenstadt kommen. Allein dieses Beispiel zeigt schon, dass der Bereich Tourismus nicht unabhängig von der Wirtschaft gesehen werden kann. Deshalb ist er auch der Meinung, diese Themen sollten im Wirtschaftsausschuss verbleiben. Die anderen vorgeschlagenen Änderungen im Aufgaben-gliederungsplan betreffen die Wald-, Land- und Forstwirtschaft, die bisher im Bauausschuss behandelt wurden. Dies macht aus seiner Sicht auch Sinn. Diese Themen sollen dann lt. Änderungsvorschlag in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur wechseln, was er nicht für zweckmäßig hält. Wenn wir z. B. im Bauausschuss über Wald und Land reden, dann reden wir in aller Regel nicht darüber, wie die Bauern wirtschaften, was sie für einen Gewinn erzielen, wie sie an Arbeitskräfte kommen, sei es Bauern oder Waldbauern, sondern wir sprechen in aller Regel über die Grundstücksangelegenheiten und über unseren Stadtwald und das ist genau da im Bauausschuss gut verankert. Deshalb bleibt die Verwaltung bei ihrem Vorschlag, lediglich den Bauausschuss wieder Bauausschuss zu nennen und wir sollten dann diese Anlage 2 als Änderungsantrag entsprechend behandeln und abstimmen und natürlich gern auch entsprechend diskutieren.

Herr Schmidt

stellt fest, dass ihm kein Antrag vorliegt. *Herr Strauß* sagt, dass es bei der Beschlussvorlage eine Anlage 1 – Änderung des Aufgabengliederungsplanes gibt, das ist der Vorschlag der Verwaltung und eine Anlage 2 – Änderung des Aufgabengliederungsplanes, das ist der Vorschlag der BOS.

Herr Windolph

hält diese Änderung auch nicht für sachgerecht. Es ist in Ordnung, dass der Bauausschuss wieder einen kurzen Namen bekommt, aber das man deswegen gleich in die Aufgabenkritik einsteigt und sagt, Wald- oder Landwirtschaft soll in den Wirtschaftsausschuss gehen und bestimmte kulturelle und touristische Themen in den Schul- und Sozialausschuss, das ist nicht in Ordnung. Wir haben jetzt mittlerweile 30 Jahre die Aufgaben gegliedert und den dort

genannten Ausschüssen die Aufgaben übertragen, die bisher sehr gut ausgeführt wurden. Deshalb hält er an der Stelle die Veränderung für vollkommen falsch und nicht sachgerecht.

Frau Rauhut

hatte eigentlich nur eine Verständnisfrage. Beim Bauausschuss ändert sich lediglich der Name des Ausschusses und nicht der Inhalt? Lt. *Herrn Strauß* kommt es drauf an, was wir beschließen. Aber lt. *Frau Rauhut* war eigentlich nur angedacht, dass der Name geändert werden soll.

Herr Strauß

wiederholt nochmal, dass der Vorschlag der Verwaltung lediglich die Namensänderung beinhaltet. Vorschlag des anderen Änderungsantrages ist Namensänderung plus die Aufgabe Wald-, Land- und Forstwirtschaft aus dem Bauausschuss raus und in den Wirtschaftsausschuss rein.

Frau Rauhut

sagt, diese Änderung ist ihr entgangen. Sie möchte wissen, wer den Antrag gestellt hat? Lt. *Herrn Strauß* hieß es erst, alle Fraktionsvorsitzenden hätten sich darauf geeinigt, was aber anscheinend nicht ganz den Tatsachen entspricht. Übersandt wurde der Antrag von Herrn von den Rotfelser an die Verwaltung. Aber darüber wurde nicht gesprochen, so *Frau Rauhut*.

Herr Reick

kann der 2. Änderung überhaupt nicht folgen. Ihn würde einfach mal die Begründung interessieren, warum man das so machen will und warum dem Kulturausschuss auf einmal die Sachen entzogen werden sollen.

Lt. *Herrn Schmidt*

kann dies nur der Einbringer und der ist nicht da. Er fasst aber nochmal zusammen. Also die Anlage 1 – der Bauausschuss heißt jetzt wieder Bauausschuss. Und die Sache Wald-, Land- und Forstwirtschaft bleibt im Bauausschuss. Die geänderte Anlage 2 kann so nicht bleiben. Lt. *Herrn Windolph* muss erstmal über die Anlage 2 abgestimmt werden. *Herr Strauß* stimmt dem zu.

Herr Schmidt lässt über die Anlage 2 abstimmen:

Ja – Stimmen	=	1
Nein – Stimmen	=	6
Stimmenthaltungen	=	0

Das andere wird komplett abgestimmt – Änderungsantrag für diese Anlage

Ja – Stimmen	=	6
Nein – Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	1

TOP 4.2 Information der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Herr Strauß

teilt den Stadträten mit, dass es keine Neuigkeiten zur Situation bei MIFA bzw. Sachsenring gibt. Er weiß auch nur das, was in der Mitteldeutschen Zeitung veröffentlicht wurde. So geht es auch der Landrätin und der SMG. Fest steht, dass es noch keinen Kontakt zum neuen

Eigentümer bzw. Investor gegeben hat. Man kann jetzt nur hoffen, dass ein Kontakt in absehbarer Zeit zustande kommt.

Sie haben sicherlich der Zeitung entnommen, dass unsere Bemühungen Fördermittel für die Turnhalle im Wohngebiet Süd-West zu aquirieren, erfolgreich waren. Sie wissen natürlich, dass das Verfahren, ähnlich wie beim Stadtbad, eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, bis wir tatsächlich einen Förderantrag stellen können oder vielleicht einen vorläufigen Maßnahmebeginn bekommen etc.

Sicherlich haben sie davon gehört, dass die Stadt inzwischen mit dem Landkreis eine Einigung gefunden hat, um diesen in der Terminierung der Impfungen für unsere über 80jährigen Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Hier erfuhren wir im Vorfeld sehr viel Kritik von der Bevölkerung, obwohl wir dafür gar nicht zuständig sind. Die älteren Bürger haben sich allein gelassen gefühlt. Jetzt sind sie froh darüber, dass sie überhaupt einen Ansprechpartner haben und sich schon mal für eine Impfung anmelden können. Wir können jetzt natürlich auch nur im Rahmen dessen, was uns der Landkreis an Terminen zur Verfügung stellt, die Impfungen organisieren. Der ursprüngliche Plan war mal in die Ortschaften raus zu gehen, wir dachten da h an den Bereich Wippra und Rotha, aber das hat sich aktuell erstmal beim Landkreis nicht so bewahrheitet. Das hätten wir sehr pragmatisch und schnell organisiert, aber Stand heute bleiben die tatsächlich mobilen Impfteams in den sogenannten kleinen Hauptstädten wie Sangerhausen, Hettstedt, Lutherstadt Eisleben, Arnstein usw.

Herr Schmidt

hatte mal mit dem Landkreis telefoniert und wollte eigentlich nur mal fragen, wann die Bürger aus den Ortsteilen dran sind? Auch hat er angeboten, dass die Impfungen direkt in den Ortsteilen durchgeführt werden können. Die Räumlichkeiten sind da, aber er hat darauf keine Antwort bekommen.

In der vorigen Woche Sonntag früh gegen 09.00 Uhr bekam er aus dem Dorf Besuch. Es beschwerte sich jemand, dass der Unterhaltungsverband über seine Ackerfläche gefahren ist und auf dem Acker tiefe Rillen hinterlassen hat. Der Pächter hat dann den Unterhaltungsverband angeschrieben und um Klarstellung gebeten. Es kam ebenfalls keine Antwort. Gestern kam die nächste Beschwerde über den Unterhaltungsverband Helme, der einen Weg total kaputt gefahren hat, weil Holz abgefahren wurde. Er hat ihm geraten sich an die Presse zu wenden. Es ist unmöglich, wie sich der Unterhaltungsverband bewegt. *Herr Schmidt* vermutet, dass es in den anderen Ortsteilen ähnlich abläuft. Der Kleinbauer baut dort Getreide (Wintergetreide) an, dass der auf die Ackerfläche muss, ist vollkommen klar. Man kann aber auch mit dem Pächter reden, dieser hat mit Sicherheit nun einen Ernteausfall und der muss in irgendeiner Form beglichen werden. Nun hofft Herr Schmidt, dass wir dann von der Stadt auch eine gewisse Unterstützung kriegen. Ansonsten müssen die Eigentümer wahrscheinlich den Unterhaltungsverband verklagen.

Er möchte an dieser Stelle mal die Schneeräumaktion loben, diese ist ordentlich abgelaufen. Ein Dankeschön an alle Beteiligten, vor allem an die vielen Privatfirmen, die mitgewirkt haben.

Frau Rauhut

möchte sich auch im Namen der Ortschaft Wippra bei der Stadtverwaltung bedanken, dass das diesmal so schnell und unbürokratisch ging und das die einzelnen Firmen auch mitmachen durften und das ist ja nicht immer selbstverständlich. Dankeschön.

Herr Schmidt

übergibt nun das Wort an Herrn Hess als Vertreter vom Gewerbeverein. Vorneweg versichert er ihm, dass die Stadt Sangerhausen den Gewerbeverein bzw. die Gewerbetreibenden schon unterstützen und helfen wollen, wo wir es können. Er erläutert anhand der Inzidenzzahlen, was alles möglich ist und kritisiert auch die Bundesregierung, weil die Einzelhändler so langsam verzweifeln und wir Kunden auch. Hat man schon mal an die Gastronomie gedacht, fragt *Herr Reick*. Wir haben schon viel länger zu.

Herr Hess

bedankt sich erstmal im Namen des Gewerbevereins für die Einladung. Sein Name ist Michael Hess, er hat jahrelang das Spielzeuggeschäft in der Göpenstraße geleitet und seit 8 Jahren macht das sein Sohn. Dieser hat das Geschäft auch auf breitere Beine gestellt, also mit Online-Handel usw.

Er möchte, neben der Unzufriedenheit mit den Regierungsbeschlüssen im gesamten Pandemie-Bereich auch die Unzufriedenheit der Einzelhändler erwähnen, welche jetzt an ihre Grenzen kommen und deren Existenzen echt gefährdet sind. Also er muss vorausschicken, dass wir schon im vorigen Jahr 2 Monate Lockdown hatten und wir haben seit dem 15. 12. 2020 wieder Lockdown. Inzwischen sind die Reserven aufgebraucht und es treten Probleme gerade im Bereich Mode und Schuhe auf. Das sind Branchen, welche ihre Waren vorfinanzieren müssen, diese verkaufen. Mit der verkauften Winterware müssen sie die Frühjahrsware ebenfalls vorfinanzieren. Dies ist in diesen Zeiten einfach nicht mehr möglich und viele Händler stehen jetzt am Rande des Ruins. Das muss man so deutlich sagen. Auch wurde von ihnen das Problem Gastronomie angesprochen. Er kennt viele Gastronomen, von denen hat noch keiner irgendeine Überbrückungshilfen bekommen und auch sind jetzt ebenfalls am Rande ihrer Möglichkeiten. Ob von denen wieder jemand öffnet, dass weiß keiner. Wir haben, was unsere Handelslandschaft betrifft, eine Entwicklung in eine negative Richtung genommen, die wir noch gar nicht abschätzen können.

Damals haben wir mit großem Aufwand ein Sanierungsprogramm aufgelegt, welches vom Sanierungsausschuss, dem Bauausschuss und dem Wirtschaftsförderungsausschuss begleitet wurde. Das war ein großer Erfolg. Wir haben die Kernstadt saniert, wir haben die Handelslandschaft wirklich belebt und die Geschäfte waren in einem Top-Zustand. Wir haben jetzt das Problem, dass wir altersbedingt erstmal einen Umschwung haben in inhabergeführten Geschäften. In Zukunft werden viele aufgeben, da man kaum noch Nachfolger finden wird und die Pandemie verstärkt diese Entwicklung noch.

Wir haben auch das Problem, dass viele Händler bisher gar nicht online auftreten. Die Pandemie verstärkt diese Entwicklung aber auch in eine positive Richtung, weil viele Händler jetzt auf einmal mitbekommen haben, was sie machen können bzw. müssen, dass sie auch online verkaufen. Er sieht die große Gefahr nicht nur bei den persönlichen Existenzen, das ist alles schlimm. Er befürchtet, dass viele Geschäfte nach dieser Pandemie gar nicht mehr aufmachen können, dass wir Leerstand haben und was das für die Stadt bedeutet in Bezug auf die Gewerbesteuern möchte er sich gar nicht ausmalen. Deshalb brauchen wir jetzt Lösungen, wie wir aus der Sache rauskommen. Er ist genauso unzufrieden mit den gestrigen Lösungen, die uns wieder nur verträsten, weil keine klaren Entscheidungen getroffen wurden.

Wir als Einzelhändler sind alle in der Lage, Hygienekonzepte umzusetzen, wenn wir unsere Geschäfte wieder öffnen können. In Deutschland finden pro Tag 50 Millionen Kundenkontakte statt. Von den 50 Millionen Kundenkontakten betreffen 40 Millionen den Lebensmittelhandel. Diese 20 %, die im Einzelhandel verbleiben, sind mit einer überschaubaren Kundenanzahl in den meisten Geschäften händelbar. Er würde sich natürlich auch wünschen, dass mal wieder 20 bis 30 Leute sein Geschäft besuchen, aber das ist unrealistisch.

Wir haben die Hygienekonzepte, wir haben die Flächenkonzepte und wir wissen genau, wieviel Kunden wir reinlassen können. Es wurden von unseren Händlern mit privaten Mitteln teilweise auch Umluftanlagen eingebaut, weil Fördermittel noch gar nicht da sind. Das steht jetzt alles auf der Kippe. Hier benötigen wir die Unterstützung von der Stadt, die wir erfreulicherweise auch haben. Von den ganzen Politikern, die wir angesprochen haben, war der Oberbürgermeister der einzigste, der sofort auf uns zu gekommen ist. Ihm gilt daher unser Dank. Wir bedanken uns auch für die große Schneeräumaktion, die uns sehr geholfen hat. Aber, wir brauchen für die Zeit nach der Pandemie eine Lösung, wie die Handelslandschaft in Sangerhausen aussehen soll. Wir brauchen dringend ein Konzept, wie wir Tourismus verknüpfen und wie wir überregional agieren können. Unter Umständen müssen wir einen City-Manager einsetzen, wie z. B. in Aschersleben und in Wernigerode. Dieser soll erfolgreich agieren und das ganze Vermarktungssystem nutzen, damit wir gemeinsam Sangerhausen wieder nach vorn bringen. Wenn wir das nicht machen, dann werden wir in 2-3 Jahren die

Innenstadt nicht wieder erkennen und auch nicht mehr die Handelslandschaft haben, wie wir sie jetzt kennen. Das wollte er hier anmerken und steht gern für Fragen zur Verfügung.

Herr Strauß

erwähnt, dass in der gestrigen Ausschusssitzung der Vorsitzende des Gewerbevereins, Herr Dauer, bereits die drängenden und nicht ganz neuen Themen angesprochen hat. Klar ist, dass die Stadt oder der Stadtrat natürlich nicht der bessere Händler sein kann, aber das ist nicht unser Anspruch. Wir sind wirklich schon auf der Suche nach Möglichkeiten, wie man dieser Entwicklung entgegen wirken kann und da sind wir für alle Ideen dankbar. Er glaubt, es ist nicht diese eine große Idee, die die Händler in ihrem Bestreben unterstützen kann, es sind die vielen Kleinigkeiten.

Im gestrigen Sanierungsausschuss haben wir auch schon über die Geschichte City-Manager gesprochen und da sind wir konkret dran, um Fördermöglichkeiten u. ä. zu eruieren. Es wurde auch erwähnt, dass wir in der Göpenstraße jetzt schon die Situation haben, dass ein Ladengeschäft umgenutzt wird, d. h., das Schaufenster verschwindet und da kommt Wohnraum rein. Da kann man baurechtlich oder mit einer Bauleitplanung für zukünftige Fälle vorgehen, dies muss man aber auch gut abwägen. Es gibt genügend Gründe dafür und genauso viele, die dagegen sprechen. Wir haben uns gemeinsam auf den Schirm geschrieben, diese Sachen in den entsprechenden Fachausschüssen darzustellen und zu überlegen, ob wir da aktiv werden wollen. Seitens des Gewerbevereins gibt es ganz viele Marketingaktivitäten und das hat richtig an Fahrt aufgenommen, so sein persönlicher Eindruck.

Wir versuchen auch zu unterstützen, aber das kann natürlich nicht das wegbrechende persönliche Einkaufserlebnis ersetzen. Das hängt auch davon ab, wie die Kunden bereit sind, sich darauf einzulassen. Wir sind bei ganz vielen Sachen gut unterwegs, aber neue realistische Ideen würden auch nicht schaden.

Herr Hess

sagt, dass der Gewerbeverein, wir sind Händler, Gastronomen, Handwerker auch ein Bereich Rechtsanwalt, für unsere Händler den Bereich City-Manager abdeckt. Wir haben einen Bereich Hauseigentümer und andere Vereine und wir müssen eine Struktur schaffen, damit diese Bereiche alle miteinander vernetzt sind. Wenn wir als Sangerhäuser nicht an einem Strang ziehen, dann werden wir nicht vorankommen.

Es geht ja auch um Fördermittelmanagement. Der Oberbürgermeister Jung aus Leipzig fordert z. B. ein Städtedeförderprogramm von 500 Millionen € pro Jahr, damit das Innenstadtsterben aufhört, also nicht nur in den Großstädten, wo jetzt die Kaufhäuser (wie Galeria Kaufhof u.a.) geschlossen werden. Das geht dann weiter mit den Einkaufszentren, welche jetzt schon einen erhöhten Leerstand haben.

Wenn man durch die Innenstadt geht, sieht man, dass wir bereits Leerstand zu verzeichnen haben. Wir haben Fremdvermietungen, wie z. B. an Parteien, an Versicherungen und wir haben viele Handy-Shops, welche für die Kunden irgendwann unattraktiv werden. Darin sieht er eine große Gefahr, wenn sich das so fortsetzt.

Wenn man sich die Entwicklung der Göpenstraße anschaut, so kann man einen Vergleich mit der Magdeburger Straße ziehen. In den 90er Jahren gab es da noch viele Geschäfte, jetzt ist die Magdeburger Straße als Geschäftsstraße nicht mehr erwähnenswert. Diese Entwicklung zeichnet sich auch in der Göpenstraße ab, da teilweise die Eigentümer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und aus ihren Geschäften, er spricht von Mc Paper oder daneben Siebrecht, Partyräume machen und wir haben jetzt schon den ersten Umbau haben, wo aus einem Ladengeschäft eine Wohnung entsteht. Wenn sich das fortsetzt, dann haben wir bald in Sangerhausen keine attraktive Innenstadt mehr. Wir haben eine riesen Außenwirkung nach Nordhausen und auch nach Eisleben. Auch haben wir viele Kunden, abgesehen von unserer Kundschaft aus den Harzdörfern, gibt es einige Kundschaft aus anderen Handelsbezirken, selbst aus anderen Bundesländern. Diese können wir nur halten, wenn wir attraktiv bleiben. Auch gibt es zu bedenken, dass der Eigenkapitaldeckel der Sangerhäuser Händler sehr dünn ist, sie nichts mehr zusetzen können und wirklich auf Hilfe angewiesen sind.

Frau Rauhut

fragt den Oberbürgermeister, ob wir als Stadt beim Land einen Antrag stellen können, dass unsere Geschäfte wieder öffnen? Der Inzidenz-Wert ist ja bei uns recht niedrig. Das müsste Herr Haseloff doch genehmigen können.

Herr Strauß

sagt, nach seinem heutigen Stand und vor der zu erwartenden Landesverordnung können in Sangerhausen oder in Mansfeld-Südharz die Ladengeschäfte ab Montag wieder öffnen, weil wir noch unter der Inzidenz von 50 liegen. So ist sein aktueller Stand vorbehaltlich der Landesverordnung.

Er hat das „noch“ bewusst gesagt, aber die Inzidenz liegt wirklich so ein bisschen um die 42-45. Auch hat er heute grad gelesen, dass es wieder 15 neue Fälle im Landkreis gibt und die Gefahr doch relativ groß ist, dass wir recht zeitnah wieder über die 50 kommen. Das hängt eben neben dem Verhalten jedes einzelnen, aber natürlich auch von folgenden Faktoren ab: Die Schulen öffnen wieder und die Kindertageseinrichtungen gehen wieder in den Regelbetrieb über. Er geht schon davon aus, dass die Einzelhandelsgeschäfte wieder öffnen können, was schon zu einer gewissen Entlastung führen wird.

Für die Gastronomie sieht die Perspektive nicht so rosig aus, denn da will man erst in einem vierten Schritt, aber auch nur, wenn die Inzidenz stimmt, wieder öffnen und dann auch nur im Außenbereich.

Vor der Ministerpräsidentenkonferenz sind wir über den Städte- und Gemeindebund angehört worden. Da wurden diese Schritte ziemlich zutreffend vorgestellt. Vor dieser Anhörung hat er auch den Weg zum Gewerbeverein gesucht und eine Stellungnahme erhalten, um diese Dinge im Vorfeld mit einzubringen. Ob das was bewegt hat oder nicht, das wagt er nicht zu beurteilen. Ein Punkt war z. B., dass eine Inzidenz von 35 im Moment kein erreichbares Ziel ist. Daher wurde vorgeschlagen, dieses Click & Collect für den Einzelhandel bereits bei einem Inzidenz-Wert von 50 zu ermöglichen. Viele solcher eingegangenen Stellungnahmen hat man da schon angepasst bis zum gestrigen Beschluss.

Herr Hess

antwortet, dass unser Wirtschaftsminister der gleichen Meinung ist. Es ist schön, wenn z. B. die Baumärkte und die Blumenläden wieder öffnen, aber das Problem wird sein, dass so eine Stadt und die Handelslandschaft dieser nur als Ganzes funktioniert und da zählt natürlich gerade die Gastronomie dazu. Der Kunde geht bummeln, geht shoppen und will dann auch was essen gehen oder eine Tasse Kaffee trinken und nur so funktioniert das. Das sind Punkte, die nur als Einheit funktionieren und er hofft, da in diesem Jahr auch Landtagswahlen stattfinden, dass das Land Sachsen-Anhalt zum Vorreiter wird.

Wir als Händler sind sofort bereit und öffnen unsere Geschäfte mit den notwendigen Konzepten. Wir wollen auch nicht irgendwelche Gelder haben, abgesehen von den notwendigen Überbrückungshilfen, um unsere Verluste auszugleichen.

Frau Völkel

fragt, ob man nicht eine Arbeitsgruppe bilden kann, die sich damit befasst? Sie persönlich zeigt immer voll Stolz ihre Stadt, deshalb sollte man unbedingt etwas dafür tun, damit sie auch weiterhin attraktiv für Kunden und Besucher bleibt.

Lt. *Herrn Strauß*

gab es tatsächlich im gestrigen Sanierungsausschuss einen Vorschlag von Herrn Peche als Ausschussvorsitzenden, dass man einen Arbeitskreis, eine Arbeitsgruppe o. ä. bildet und dass will die Verwaltung sehr gern aufgreifen.

Frau Völkel

betont, dass auch viele ältere Kunden von auswärts kommen und gerade da muss man überlegen, wie erreicht man barrierefrei die Geschäfte und Einrichtungen? Bei Herrn Hess

kommt man ebenerdig in das Geschäft, bei manchen Geschäften muss man doch 3 – 4 Stufen erklimmen.

Lt. Herrn Hess

überlegen sich die Händler, vertreten durch den Gewerbeverein, wie man auch die Ortschaften besser einbinden kann. Daher wäre es schon wichtig, dass für das Städteförderprogramm diese 500 Millionen € jährlich freigestellt werden und auch die Stadt Sangerhausen ein Nutznießer davon wird. Wir wissen auch um die Überalterung der Bevölkerung (demografische Entwicklung) und da ist es z. B. angedacht, auch kostenlose Bustransfers von den Ortschaften in die Kernstadt und zurück zu organisieren. Es ist vieles möglich, geht aber nur, wenn Geld da ist und dieses muss vom Bund kommen, nicht von der Stadt. Wir können unsere älteren Bürger gerade in den Ortschaften nicht ausklammern, die sind in ihrer Mobilität eingeschränkt und Geschäfte in den Ortschaften gibt es kaum. Diese Bürger sind dann immer darauf angewiesen, dass ihre Kinder oder auch Nachbarn die Einkäufe für sie tätigen. Wenn sie kostenlos in die Stadt fahren können, dann können sie wieder am Leben teilnehmen und dass wäre dann auch für ihr Wohlbefinden gut. Die Stimmung in der Bevölkerung, die jetzt wirklich am Kochen ist, bekommen immer Leute zu spüren, die es gar nicht verdienen, wie z. B. Verwaltungsmitarbeiter. Das müssen wir als Kommune und als Bürger dieser Stadt erkennen und auch zusammenhalten. Da sieht er eine wichtige Aufgabe im Wirtschaftsförderungsausschuss, deswegen auch diese Verbindung zur Kultur und zum Tourismus. Er kann nur wünschen, dass die Mitglieder dieses Ausschusses die Aufgaben wahrnehmen. Er weiß auch, was diese für Mühe machen und wünscht uns allen viel Erfolg und sagt, dass die auf uns zukommenden Aufgaben groß sein werden.

Herr Hüttel

meint, dass sich der Einsatz lohnt. Wenn man sich mal erinnert, waren früher die Bahnhöfe das Zentrum der Stadt. Heute sind die Bahnhöfe nur noch tote Winkel. Zum Glück haben wir es in Sangerhausen hinbekommen, dass der Bahnhof wieder attraktiv wird. Aber aktuell ist es trotzdem ein leerer Bahnhof, weil die Geschäfte dort fehlen. Wir werden als Stadt alleine nicht allzu viel handeln können, da es wirklich eine politische Frage ist. Bei den Worten des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig geht es hier wirklich um Veränderungen der Struktur des Einkaufes bzw. der Besteuerung des Einkaufes. Solange Amazon noch keine Steuern bezahlt und das Geld nicht dorthin fließt, wo es gebraucht wird, nämlich in die Innenstädte, solange wird nichts passieren. Daher brauchen wir auf diese Wahl nicht zu warten, da wir wissen, dass es wieder nur Versprechungen hageln wird, aber es wird diese Besteuerung nicht geben, weil man dann wieder auf europäische Besteuerung wartet. Es wird wahrscheinlich nicht mehr Geld geben.

Sie machen es ja in ihrem Unternehmen schon richtig, sie sind sowohl vor Ort als auch im Internet und das läuft mehr oder weniger, so dass sie sich über Wasser halten können. Das kann natürlich ein Schuh- oder Klamottenladen nicht. Es ist schwierig und er hat jetzt auch keine Antworten. Man muss mal alle Parameter aufschreiben, wie die Situation in Sangerhausen ist. Wir haben eine völlige Überalterung und wir haben auch die guten Renten. Diese werden mehr oder weniger zurückgehen, da es die Schachtrentner nicht mehr lange geben wird und dann sieht es noch schlechter aus.

Er versteht auch die Kritik in gewisser Weise, dass jetzt die Geschäfte in den Innenstädten von Versicherungen, Parteien und auch Bürgerinitiativen angemietet werden und sich dort ein Büro einrichten. Wenn das nicht wäre, wäre der Leerstand noch größer. Das ist das Problem, was wir haben. Er findet die Idee mit der Arbeitsgruppe gut, denn anders werden wir es nicht hinbekommen. Wobei er der Meinung ist, dass solche Arbeitsgruppen nicht lange existieren und zählt einige Beispiele auf. Er kann jetzt nur darum bitten, den politischen Druck als Gewerbetreibende und nicht nur von Sangerhausen sondern allgemein aufzumachen. Man muss dann auch wirklich mal hinterfragen, wie kriegen wir mehr Geld in die Innenstädte, dass ist das Hauptproblem.

Herr Windolph

gibt Herrn Hüttel recht, dass wir ein demografisches Problem haben. Wir haben eine Bevölkerung, die immer älter wird, weil mindestens 2 Generationen z. B. der Arbeit hinterher gegangen sind. Wir müssen zuerst Angebote für Arbeitsplätze machen, wir müssen Flächen ausweisen, ob das der IBM ist oder auch das Gewerbegebiet hinten Am Weinberg. Darauf müssen wir immer drängen. Zumindest haben wir bei einer stärkeren wirtschaftlichen Entwicklung zumindest die Chance, auch wieder Leute hier anzusiedeln oder auch möglicherweise auch wieder zurückholen. Wenn wir das nicht angehen, wird die demografische Entwicklung zu immer kleineren Städten, Gemeinden und auch Ladengeschäften führen.

Herr Schmidt

sieht das genauso und sagt auch ganz deutlich, dass die große Politik viele Fehler macht, selbst in der Zeit der Pandemie. Zum Beispiel haben Aldi- und EDEKA-Märkte offen und ein OBI, der dieselben Voraussetzungen hat, muss geschlossen bleiben. Auch ein Möbelhaus, in dem man sich quasi verläuft, ebenfalls. Welche Rolle spielt hier der Kreis? Die haben doch die Inzidenzzahl, die können doch am Ende entscheiden. Beispielsweise hatte die Gärtnerei in Riestedt jahrelang zu kämpfen, damit sie über die Runden kommen, wenn es die Kleingartensiedlungen am Sackteich nicht gäbe. Wenn aber ALDI usw. Pflanzen verkaufen dürfen, dann geht die Gärtnerei in den Ruin. Ähnlich sieht es in den Schuh- und auch Bekleidungs-läden aus, da man Schuhe und Bekleidung auch beim Discounter kaufen kann. Da fangen für ihn die Fehler an. Leider können wir das nicht reparieren, an solchen Entscheidungen sind ja fast alle Parteien beteiligt. Wir müssen jetzt gemeinsam etwas tun, der Anfang ist gemacht. Der Mittelstand bündelt seine Kräfte und will für die Region was tun. Genauso wichtig ist es, dass es den Gewerbeverein gibt, ein Einzelhandelsgeschäft alleine ist schon lange aufgeschmissen. Ebenso wichtig sind auch die Vereine, wenn wir die nicht haben, dann gehen die Dörfer unter.

Das Angebot vom Wirtschaftsausschuss steht, wenn der Gewerbeverein uns braucht, dann sind wir da. Oft hilft miteinander reden.

Herr Hess

bedankt sich für das Angebot und wird es weiter geben. Er möchte nochmal sagen, dass sie sich dem freien Wettbewerb gern stellen, ob das nun Discounter sind oder das Internet. Es geht darum Konzepte zu entwickeln, wie z. B. eine Ansiedlung von Unternehmen, Ausweisung von Gewerbeflächen, da gibt es ja genug, Ansiedlung von Eigenheimen, dass vielleicht ein Zuzug kommt aus diesem Speckgürtel Halle-Leipzig. Davon hätten auch unsere Ortschaften was. Deswegen ist es wichtig, Konzepte zu entwickeln und wie man das Ganze vernetzen kann, aber jeder Verein für sich, dass wird nicht funktionieren. Deshalb müssen wir uns zusammentun, damit wir das steuern können. Auch wir als Handelsverein unterstützen unsere Vereine.

Herr Hüttel

war vorhin in Dessau und ist deshalb verspätet zum Ausschuss gekommen. Er hat unterwegs im Radio gehört, dass Dessau-Roßlau in den nächsten 3-4 Monaten anfängt Amazon die Stirn zu bieten. Dafür bieten sie eine Plattform an, wo man dann auch effektiv suchen kann. Sowas ähnliches hat der Gewerbeverein schon, aber nicht in dieser Art. Vielleicht könnte sich der Gewerbeverein mal mit denen in Verbindung setzen. Wenn man jetzt eine andere Suchplattform hat, z. B. man sucht im Landkreis oder in der Stadt alle Geschäfte aus, die dann diese Suchfunktion haben, dann wäre das eine Alternative, auch wenn es dann 3 bis 5 € mehr kostet, aber man hat in der Stadt eingekauft und nicht im Internet.

Herr Hess

sagt, dass Dessau-Roßlau eine Online-Plattform für alle Händler anbietet. So ist es bei uns auch angedacht. Es liegen schon die entsprechenden Konzepte vor, welche natürlich auch finanziell unterstützt werden müssen. Da reden wir über 20.000 bis 30.000 €. Lt. *Herrn Hüttel* ist die Idee schon mal ganz gut. Es ist dann aber auch wichtig, dass man Förderprogramme

anzapfen kann, die das Ganze unterstützen, so *Herr Hess*. Im Moment kann das jeder so händeln, als Kommune ist das schwieriger. Er hofft, dass jetzt ein Umdenken auch in der großen Politik stattfindet, damit diese Sachen auch gefördert werden können. Andere Möglichkeiten haben wir nicht mehr. Obwohl wir bei Amazon prime sind, stellen wir immer wieder fest, wenn der Kunde anruft und hört, dass er die Ware gleich bekommen kann, dann holt er die Ware lieber selbst ab und spart die Versandkosten. Vom Preis her ist alles machbar und er kennt keinen Händler, der nicht mit sich reden lässt.

Herr Thunert

verhält sich persönlich jetzt schon seit fast einem Jahr solidarisch, indem er in jedem Geschäft aufrundet, z. B. im Bus bezahlt er statt der geforderten 1,80 € immer 2,00 € und auch beim Zeitungskauf rundet er auf. Er hat schon fast kein Kleingeld mehr in der Tasche und ist der Meinung, dass man so diese Unternehmen auch ein bisschen unterstützen kann.

Herr Hüttel

erwähnt, dass die Stadträte gestern von Frau Rogau eine Mail bekommen haben, dass ein mobiles Impfteam in Sangerhausen zur Verfügung gestellt werden soll. Zumindest hat er das so verstanden. Was ist denn damit gemeint?

Herr Strauß

hat das Mail an die Stadträte und Ortschaftsräte geschickt, bevor unsere Bürgerinnen und Bürger es über eine Presseinformation erfahren. Dem Aufruf des Landkreises Mansfeld-Südharz an die Kommunen folgend, wurde die Unterstützung bei der Einrichtung und Organisation von dezentralen Impfstationen für vorerst über 80jährige Einwohnerinnen und Einwohner auch seitens der Stadt Sangerhausen zugesichert.

Die 2800 Einwohner/-innen, welche das 80. Lebensjahr bereits vollendet haben, wurden von der Stadt angeschrieben, um über das freiwillige Impfangebot in der dezentralen Impfstation der Stadt Sangerhausen zu informieren. Gleichzeitig wurde damit ein Kontaktformular versandt, welches bei einem Impfwunsch zwingend zurück zu senden war. Hiermit wurden bereits auch die auszufüllenden Anamnesebögen sowie Einwilligungserklärungen ausgehändigt, um einen reibungslosen Ablauf zum Impftermin gewährleisten zu können.

Herr Hüttel

fragt, was kann da Sangerhausen machen? Machen sie jetzt einen Multicar-Aufbau als mobile Impfstation, wie kann ich mir das vorstellen?

Herr Strauß

sagt, wir als Verwaltung haben jetzt konkret gestern über 2800 Sangerhäuser/-innen angeschrieben. Nämlich alle, die das 80. Lebensjahr schon vollendet haben und nicht in stationären Einrichtungen leben, weil dort schon gesondert geimpft wurde. Wir haben mit dem Schreiben erstmal darüber informiert, dass wir mit dem Kreis abgesprochen hatten, dass wir bei der Terminierung unterstützen, d. h., es hat jeder die Möglichkeit, ein Blatt mit seinen Kontaktdaten auszufüllen. Hierbei ist die telefonische Erreichbarkeit sehr wichtig, denn wenn die Möglichkeit besteht, hier eine Impfung vorzunehmen, dann werden wir die entsprechenden Personen kontaktieren und mitteilen, wann und wo sie geimpft werden können. Der Kreis arbeitet mit 2 mobilen Impfteams neben dem Impfzentrum in der Mammuthalle. Die mobilen Impfteams haben bisher diese Einrichtungen (Alten-, Seniorenheime u. ä.) versorgt, sind damit aber durch und stehen nun praktisch zur Verfügung. Sie werden dann in verschiedenen Orten des gesamten Landkreises, zu unterschiedlichen Tagen vor Ort sein und zusätzlich zum Impfzentrum Sangerhausen Impfungen vornehmen, so auch in Sangerhausen zusätzlich zum Impfzentrum Sangerhausen. Wo kann er heute noch nichtsagen, da wir noch auf der Suche nach einer entsprechenden Örtlichkeit sind. Sein Anliegen war es, die mobilen Impfteams in die Ortschaften rauszubringen, zumindest an halbwegs zentralen Punkten, wie beispielsweise Wippra oder Rotha für die Orte und umliegenden Orte. Dies hat

bis jetzt mit dem Landkreis nicht geklappt. Vielleicht bekommen wir das noch im weiteren Verlauf hin.

Lt. Herrn Hess

wurden vom Landkreis und den Kommunen Impfzentren errichtet. Dabei ist ein großes Problem, das kein Impfstoff kommt. Die Vorbereitung läuft, es ist alles eingerichtet, aber es ist nicht genug Impfstoff da. *Herr Strauß* bejaht dies.

Frau Rauhut

fragt, wann dann die erste Impfung angedacht ist? Lt. Herrn Schmidt im April, wenn Impfstoff da ist.

Frau Völkel

fragt, ob das, was Herr Hess angesprochen hat, mit in die Ratssitzung aufgenommen wird oder wird man sich fraktionsübergreifend zu einer Arbeitsgruppe arrangieren?

Herr Schmidt

würde empfehlen, dass Jemand vom Gewerbeverein mal zur Ratssitzung kommt. Das wäre doch machbar, denn wir haben ja gesagt, dass der Stadtrat auch dahinter steht.

18.30 Uhr
Herr Hess geht

18.35 Uhr stellt Herr Schmidt die Öffentlichkeit wieder her und beendet die Sitzung.

gez. Birgit Strauch
Protokollführerin

gez. Helmut Schmidt
Ausschuss-Vorsitzender